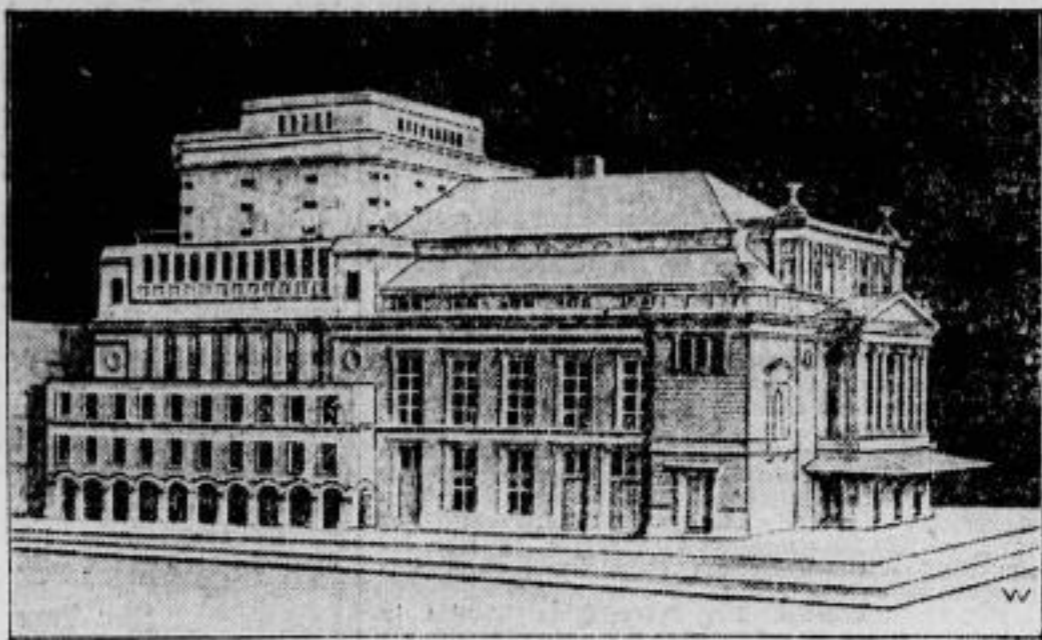




Eine Kirche als Stadthalle.

Die alte Kornmarktkirche in Mühlhausen (Thüringen), eines der kulturhistorisch-wertvollsten Gebäude der Stadt, soll zu einer Stadthalle, oder einem Konzert- und Theateraal umgebaut werden.



Umbau des Hamburger Stadttheaters.

Das Hamburger Stadttheater befindet sich seit Juni d. J. im Umbau. Inseiner Aufnahme zeigt das Theater nach dem erfolgten Umbau.

Hindenburg und Tschitscherin.

Die Geschichte hat ihre eigene Innenlogik, die äußerlich betrachtet, manchmal zu den seltsamsten Verkettungen führt. Zwei Mächte werden sich am Mittwoch gegenüberstehen, deren Persönlichkeiten, beide dem Vordergrund der Geschichte angehörend, tiefe Gegensätze bilden: Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg und der russische Außenminister Tschitscherin. Gegenüber stehen sich ein Mann, der in tiefsten und besten Sinne konservativ seiner Weltanschauung nach ist, ein alter preussischer Offizier und treuer Diener seines Königs, den eben dieses Schicksal, das sich, wie schon gesagt, nicht nach den Befehlen der Oberhäupter richtet, an die Spitze der deutschen Republik gestellt hat, und der rote Revolutionär, dem nicht nur monarchisch-konservative Anschauungen schleichend ein Grenzfeld sind. Allerdings hat es sich nicht vielleicht auch ein Tschitscherin nicht träumen lassen, daß er, der Diplomat aus alter russischer Schule, Vertreter eines roten Rußland sein würde, ebensowenig wie der Gedanke eines Hindenburg als Präsidenten einer deutschen Republik vor wenigen Jahren überhaupt nur vorstellbar gewesen wäre. Beide Männer haben an sich erfahren müssen, daß es Mächte gibt, die stärker sind als der Mensch und seine angebliche Naturbestimmung. Auch Tschitscherin ist es nicht möglich, in den Formen der Bekämpfung eine Politik zu machen, wie sie vielleicht den Befehlen des jetzigen Regimes in Rußland ideal genommen entsprechen würde. Er ist in der unbekämpften genialen Anlage seiner Außenpolitik ebenso Realist geworden, wie Hindenburg als Reichspräsident. Und doch bedeutet bei beiden das Wirken in der Öffentlichkeit keinen Verzicht auf die innere Gebundenheit an eine Idee.

Post- und Telegraphenwissenschaftliche Woche.

Berlin. Reichspostminister Dr. Stügel eröffnete gestern in der Berliner Universität die vierte Post- und Telegraphenwissenschaftliche Woche, indem er die deutschen und ausländischen Postbeamten begrüßte, deren große Zahl er kennen laufe, das weite Kreise der Beamtenschaft die Aufgaben der Neuzeit begriffen hätten, und daß der Geist lebendigen und gelunden Vorwärtstrebens in reichem Maße vorhanden sei.

Reichspostminister Dr. Stügel führte aus: Die Deutsche Reichspost befindet sich seit dem Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes in einer grundlegenden Umstellung in formeller und sachlicher Beziehung. Vom 1. April ab ist der Voranschlag und die Rechnungsführung so eingerichtet, wie es für ein nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen zu führendes Reichsunternehmen überhaupt möglich ist. Diese erste Etappe ist dank der treuen und hingebenden Mitarbeit des gesamten Personals glücklich überwunden. Der Beginn eines zweiten großen Abschnittes der Umgestaltung der Reichspost ist in den Richtlinien des neuen Reichspostgesetzes niedergelegt. Unser Ziel ist eine Modernisierung der gesamten Reichspost und ihrer Verwaltungs- und Betriebsanstaltungen. Das gesamte Personal soll mit zeitgemäßem Wirtschaftssinn erfüllt werden. Die Post soll Helferin für Wirtschaft und Verkehr sein. Die Frage, ob das gesamte Personal der Reichspost den ersten Willen hat, die Verwaltung und damit sich selbst vorwärts zu bringen, kann ich mit Stolz und Genugtuung bejahen. Die neue Wirtschaftspolitik wird uns aus der Enge unseres vorkrieglichen Geschäftskreises hinausführen in die Weite des Tages und damit in die Konkurrenz mit dem neuzeitlichen Wirtschafts- und Verkehrsgeist. Unter technischer Heberwindung von Zeit und Raum vermittelt die Post geistige, kulturelle und soziale Bande zwischen der Wirtschaft, den einzelnen Volksgenossen und allen Ländern der Erde. Für diese Aufgabe ist das Personal der Deutschen Reichspost geeignet, sobald gewisse Vorbedingungen erfüllt sind. Es gilt, noch tiefer einzufragen in die wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenhänge zwischen der Reichspost und ihrem Kundenkreis, der allgemeinen Wirtschaft. Wollen wir Folgerungen für die Volkswirtschaft ziehen, so müssen wir wissen, wie die Verhältnisse bei der allgemeinen Wirtschaft liegen, wie diese einzelnen Betriebszweige in sachlicher und personeller Hinsicht aufgebaut sind und in welchen besonderen Beziehungen sie zur Reichspost stehen. Als ein Mittel zur Verwirklichung dieser Kenntnisse sind die vorkrieglichen Fortbildungswochen anzusprechen. Der Verwaltungs-Akademie Berlin gebührt Dank, daß sie mit unermüdblicher Kraft in voller Wertung der in einem gelunden und hochstehenden Berufsbeamtenkreis ruhenden Kräfte die Wege ebnet, um der Postbeamtenschaft in ihren freiwilligen Fortbildungsbestrebungen Hilfe zu leisten. Die Leitung der Reichspost erfüllt ihre Pflicht als die Führerin, indem sie einem großen Teil der Beamten die Teilnahme ermöglicht. Diese Teilnahme legt den Obergrenzen eine Verantwortung für das große Ganze auf. Nur, wenn jedes einzelne Glied der Postbeamtenschaft mit Leib und Seele mitarbeitet, werden die neuen Grundzüge nicht nur schöne Theorie bleiben, sondern sich zu einem tätigen, gebietenden Wirklichkeitsgebäude gestalten. Die Post ist zu Unrecht bisher oft als ein Inbegriff angesehen worden, das abseits der eigentlichen Wirtschaftsprobleme lediglich rein technische Bestrebungsarbeiten zu verrichten hat. Durch innige Fühlung mit der Wirtschaft und Verkehr müssen wir der Öffentlichkeit die Heberwindung

von der außerordentlich großen volks- und weltwirtschaftlichen Bedeutung der zentralen Nachrichtenvermittlungsmittel des Deutschen Reiches beitragen. Jedes Mitglied der Verwaltung ist dafür verantwortlich, daß die Reichspost auf der Höhe ist und ihr Ansehen in jeder Weise gefördert wird, dabei wird jeder Mitarbeiter die innere Befriedigung finden, die eine verantwortliche und erprobte Arbeit im Dienste des Volksganzen mit sich bringt. Wenn jeder die Vorträge der Woche und die Verkehrseinrichtungen der Reichspost auf sich wirken läßt und für die besonderen Verhältnisse seines Amtsorts die Folgerungen daraus zieht, dann wird die Post- und Telegraphenwissenschaftliche Woche ihren Zweck erfüllen zum Nutzen von Volk und Vaterland.

Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

danke dem Reichspostminister für die Bekennung, die aus seinen Worten sprache und für ihre Bekätigung und erklärte weiter: Nicht Einzel- oder Sonderinteressen, sondern das allgemeine Staatsinteresse soll in der Verwaltungsschule gefördert werden durch die freie Kraft der Berufsbeamten. Den Absichten des Ministers entsprechend soll die Post aus dem Einzelinteresse des täglichen Dienstes zu den höchsten wissenschaftlichen Denks- und wirtschaftlichen Betriebsführungen gehoben werden. Bei dem tatkräftigen Vorgehen des Ministers und der fröhlichen Mitarbeit der Beamtenschaft wird seinen Plänen der Erfolg nicht verfehlen sein.

Darauf hielt Staatssekretär Sauter die erste Vorlesung über „Betriebswirtschaftliche Probleme der Deutschen Reichspost“, wobei er im besonderen auf die Verkehrs- und Verkehrstechnik, Tarifpolitik sowie auf die Frage des weltwirtschaftlichen Betriebsdienstes und der allgemeinen Verwaltung näher einging.

Anmeldung von Reichsanleihe alten Besitzes zum Umtausch.

Berlin. Es ist bereits bekannt gewesen worden, daß am 5. Oktober d. J. die Frist für die Anmeldung von Reichsanleihe alten Besitzes zum Umtausch in die Anleiheablosungsschuld des Deutschen Reiches und für die Stellung von Anträgen auf Gewährung von Auslosungsrechten beginnt. Wer ein Auslosungsrecht erhält, nimmt mit dem Betrage des Auslosungsrechtes an der Tilgung der Anleiheablosungsschuld teil und erhält bei der Einlösung 12 1/2 v. H. des Reimbetrages der alten Anleihe zusätzlich 4 v. H. Zinsen für jedes Jahr vom Beginn der Tilgung an. Es sei bereits jetzt zu Beginn der Antragsfrist vor Verzug gewarnt, für Markanleihen, die nicht Altbesitzanleihen sind oder als solche zu gelten haben, die Anerkennung als Altbesitzanleihen und die Gewährung von Auslosungsrechten sich zu verschaffen. Derartige Verzüge sind mit schwerer Strafe bedroht. Das Reichsfinanzministerium hat eine Reihe von Kontrollmitteln in der Hand, die es ihm ermöglichen, den Altbesitzcharakter der Markanleihen nachzuweisen und sich gegen Unrechlichkeiten zu schützen. Bekanntlich hat die Reichsanleihe-V. G. zum Zwecke der Stützung des Kurzes der Reichsanleihen vom Jahre 1919 an sehr erhebliche Beträge der Reichsanleihen je nach der Lage des Marktes ge- oder verkauft. Es ist ein Nummernverzeichnis hergestellt worden, in dem die Nummern aller Anleihebestände enthalten sind, welche nach dem 1. Juli 1920 von der Reichsanleihe-V. G. verkauft worden sind, also nicht Reichsanleihen alten Besitzes sein können. Dieses Nummernverzeichnis enthält Anleihen im Betrage von 15 Milliarden Mark verzeichnet. Wer fälschlicherweise Anleihen als Altbesitzanleihen begibt, läuft Gefahr, daß sich Nummern der von ihm als Altbesitzanleihen bezeichneten Anleihebestände in diesem Verzeichnis aufgeführt befinden und daß er wegen Betruges strafrechtlich verfolgt wird. Im übrigen sind mit der Vorprüfung der Anträge auf Gewährung der Auslosungsrechte Anleihebesitzer bei den Finanzämtern befaßt, die in geeigneten Fällen an Hand der früheren Steuererklärungen der Antragsteller feststellen werden, ob die jetzt als Altbesitz bezeichneten Anleihen bereits im Jahre 1920 dem Antragsteller gehört haben. Weitere Schutzmittel stehen gegen betrügerische Maßnahmen zur Verfügung, die etwa vom Auslande her in die Wege geleitet werden sollten. Eins dieser Schutzmittel sei erwähnt: In dem nach dem Verkauf der Anleihe vorgeschriebenen Auslosungsverfahren waren die Zinsforderungen, die bis zum 15. Januar 1920 fällig wurden, unter Beifügung der Zinscheine anzumelden. Diese Anmeldungen und die Nummern der Zinscheine werden für die Nachprüfung der Angaben ausländischer Anleihebesitzer verwendet werden.

Die Umbildung des französischen Ministeriums.

Paris. Die Agence Havas bestätigt die Meldung der Abendpresse, daß der Unterrichtsminister de Monzie an die Stelle des Justizministers Steeg treten wird, der zum Generalpräsidenten in Marokko als Nachfolger Vantays ernannt werden wird. Wie die Agence Havas weiter mitteilt, wird sich die Umbildung des Kabinetts auf die Ernennung eines Nachfolgers de Monzies beschränken. Unterrichtsminister dürfte der bisherige Staatssekretär Delbos oder der Abgeordnete Casals werden.

Rundgebung aus dem Rheinland.

Köln. (Zunkspruch.) Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz hat an den Minister des Innern Dr. Stresemann nachfolgende Entschließung gelangt:

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz (Arbeitsgemeinschaft der vier rheinischen Bezirksvereine) spricht Ihnen im Anschluß an eine politische Aussprache am 30. September in Düsseldorf ihr volles Vertrauen aus und hofft, daß es Ihnen gelingen möge, wie bisher die Außenpolitik des Deutschen Reiches erfolgreich weiterzuführen. Das besetzte Gebiet empfindet es bitter, daß entgegen den Versätker Vertragsbestimmungen die nördliche Zone nicht geräumt wurde und daß auf dem besetzten Gebiete nicht wie vor die schwere Last der Besetzung liegt mit allen ihren Freiheiten der Bevölkerung schwer bedrückenden Einschränkungen. So stark aber auch der Wunsch des besetzten Gebietes auf Räumung und Erleichterung ist, wir möchten nicht verfehlen, abermals zu betonen, daß wir keine Erleichterungen für das besetzte Gebiet erstreben, die geeignet wären, die große Linie der Gesamtpolitik zu führen und Bindungen zu schaffen, die für die Dauer gefährlicher wären als die Erleichterungen für das besetzte Gebiet nützlich und erfreulich sind. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Auffassung, daß allein die Rettung der deutschen Außenpolitik in der Lage ist, hier die Grenze im Interesse der Gesamtpolitik des Reiches zu finden.

Von der Tagung der interparlamentarischen Union.

Washington. (Zunkspruch.) Auf der Konferenz der interparlamentarischen Union hatte der Schwede Lindhagen den Antrag gestellt, die Vereinigten Staaten zum Eintritt in den Völkerbund und gleichzeitig den Völkerbund zur Abänderung gewisser Bestimmungen seiner Satzungen zu fordern. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

In der Nachmittags-Sitzung der Konferenz der interparlamentarischen Union erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. Gildemeister zu dem Bericht des englischen Generals Spears über die Frage der entmilitarisierten Zonen: In der ständigen Kommission für die entmilitarisierten Zonen besteht die einmütige Auffassung, daß die Bestimmungen des Art. 42 und folgende des Versailler Vertrags keine Anerkennung als allgemeine Grundzüge verdienen, weil sie die Prinzipien der Freiwilligkeit, Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit verletzen. Dr. Gildemeister stellte zu der vorgelegten Resolution einen Zusatzantrag, worin verlangt wird, daß eine entmilitarisierte Zone gleichmäßig das Gebiet auf beiden Seiten der Grenze zu umfassen hat. Die Berechtigung zur Kontrolle einer solchen Zone besteht nur solange, als mit einer Verletzung derselben zu rechnen sei. Der deutsche Zusatzantrag wendet sich ferner gegen die Einsetzung ständiger Kommissionen in den entmilitarisierten Zonen.

Zentrumstagung in Baderborn.

Baderborn. Der Reichsparteivorstand des Zentrums ist gestern unter dem Vorsitze des früheren Reichskanzlers Marx hier zusammengetreten. Er wird sich u. a. mit der Vorbereitung des Reichsparteitags des Zentrums beschäftigen, der Mitte November voraussichtlich in Frankfurt/Main abgehalten werden wird. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Reichsparteivorstands steht auch der Fall Wirth und seine Behandlung auf dem Parteitag.

Strafantrag im Grevesmühler Prozeß.

Grevesmühlen. In dem Prozeß gegen eine Reihe von Mitgliedern des Reichsbanners wegen Weigerung von Hochverleumdungen beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten, den Arbeiter Franz Kühn, 1 1/2 Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre.

Luftverkehr nach dem fernen Osten.

Berlin. Gestern fand in der Deutschen Bank bei Direktor von Strauß eine Zusammenkunft statt, an der der Chef des russischen Luftwesens Mulewitsch sowie die Direktoren der Deutschen Aero-Lloyd H. G. und der Aero-Luft teilnahmen. Außer andern Fragen wurde auf Veranlassung des Deutschen Aero-Lloyd auch das Projekt einer Luftverbindung nach dem fernen Osten erörtert. Von dem Projekt wurde mit großem Interesse Kenntnis genommen. Es wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß die deutsch-russische Zusammenarbeit, die seit einigen Jahren innerhalb der Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft (Deu-Luft) so guten Erfolg gezeitigt hat, sich bei der Einrichtung eines Luftverkehrs nach dem fernen Osten in gleicher Weise bewähren möge.

Noch ein amerikanisches Diebstahlflugzeug.

Quincy (Mass.). Gestern ist ein zweites amerikanisches Diebstahlflugzeug fertiggestellt worden. Es kann eine Stundengeschwindigkeit von 64 km entwickeln und außer den Abwehrgeschützen und Maschinenabwehren acht achtzöllige Geschütze mit sich führen.

